bnn.de

Flüchtlinge in Baden-Badener Wohnstift: Senioren-Union wird aktiv

Sarah Reith

8–10 Minuten

Zwist um Senioreneinrichtung

Im Schwarzwaldwohnstift in Baden-Baden hat die Stadt Flüchtlinge untergebracht. Jetzt hat sich unter anderem die Senioren-Union der CDU eingeschaltet.

Im Schwarzwaldwohnstift in Baden-Baden-Lichtental leben Senioren im Betreuten Wohnen Tür an Tür mit wohnungslosen Familien und Flüchtlingen. Foto: Bernhard Margull

Der Zwist um das Schwarzwaldwohnstift im Baden-Badener Stadtteil Lichtental geht weiter. Nun ist unter anderem die Senioren-Union der CDU aktiv geworden. Auch im Baden-Badener Gemeinderat war der Fall am Montagabend Thema.

Der Hintergrund: Im Wohnstift gibt es Auseinandersetzungen zwischen dem Betreiber der Senioreneinrichtung und einem Teil der Wohnungseigentümer. Die Eigentümer werfen dem Betreiber vor, zu wenig oder gar keine Miete zu zahlen. Der streitet das ab. Einige Eigentümer haben vor diesem Hintergrund Wohnungen an die Stadt vermietet. Diese hat zwischen den dort lebenden Senioren Wohnungslose und Flüchtlinge einquartiert.

Stadt will die 20 bereits gemieteten Wohnungen behalten

Dann bekam der Fall bundesweite Aufmerksamkeit: Diese Redaktion hatte öffentlich gemacht, dass Räumungsaufforderungen an noch in der Einrichtung lebende Senioren verschickt worden waren. Die Stadtverwaltung hatte davon nichts gewusst und verkündete danach, man werde dort vorerst keine weiteren Wohnungen mieten. Auch die Eigentümer reagierten und nahmen von den Räumungsaufforderungen Abstand.

Die bereits gemieteten 20 Wohnungen im Bereich des Betreuten Wohnens wollte die Stadt aber behalten. In der Sache meldete sich nun Stadträtin Anemone Bippes (CDU) zu Wort. „Wie geht es jetzt weiter?“, wollte sie im Gemeinderat wissen. „Wäre es nicht sinnvoll, die Anmietung durch die Stadt zu beenden?“

Auch Alleinerziehende wohnen in Baden-Badener Senioreneinrichtung

Bürgermeister Roland Kaiser betonte aber, die Verwaltung wolle die Wohnungen weiter halten. „Wir haben nicht so viele Wohnungen“, sagte er. In der Einrichtung habe die Stadt nicht nur Flüchtlinge untergebracht, sondern auch alleinerziehende Mütter

mit Kindern, die von Obdachlosigkeit bedroht gewesen seien.

Städträtin Bippes, die zugleich Vorsitzende der Mittelstand- und Wirtschaftsunion (MIT) Baden-Baden/Rastatt ist, hat am Dienstag nun eine Pressemitteilung zum Thema verschickt. Darin äußern sich auch der Bundesvorsitzende und die Kreisvorsitzende der Senioren-Union. Mit den beiden hat sich Bippes zum Austausch getroffen.

> Derartige staatliche Eingriffe in das Leben von Senioren sind schlichtweg unanständig.
>
> *Fred-Holger Ludwig*
> *Bundesvorsitzender der Senioren-Union*

Derartige Fälle häuften sich, betont Fred-Holger Ludwig, Bundesvorsitzender der Senioren-Union, in der Mitteilung. „Die Unterbringung von Flüchtlingen ist für Immobilien-Unternehmer oft rentabler als die Vermietung an Senioren.“ Problematisch werde es, „wenn Senioren aus ihren Wohnräumen ausziehen müssen oder frei werdender Wohnraum in Seniorenunterkünften mit Flüchtlingen und Flüchtlingsfamilien mit Kindern belegt werden“.

Noch vor Monaten hätten Senioren als Bevölkerungsgruppe gegolten, die vor dem Corona-Virus besonders geschützt wurden, so Ludwig. „Unterkünfte für Senioren müssen Unterkünfte für Senioren bleiben“, fordert er. „Derartige staatliche Eingriffe in das Leben von Senioren sind schlichtweg unanständig.“

> Das Durcheinander ist ein PR-Desaster für unsere Stadt.
>
> *Anemone Bippes*
> *CDU-Stadträtin*

Bippes selbst warnt, die Verwaltung unterschätze den sozialen Sprengstoff in der Gesellschaft. Das „Durcheinander“ im Schwarzwaldwohnstift sei „ein PR-Desaster für unsere Stadt“. Die bundesweite Berichterstattung lasse Baden-Baden „in einem sehr schlechten Licht erscheinen“. Von Oberbürgermeister Dietmar Späth fordert sie Sensibilität und Empathie ein.

Auch die Baden-Badener Senioren-Union-Vorsitzende Margaret Ott kritisiert direkt OB Späth. Dieser habe bei der Unterbringung von Migranten Transparenz versprochen und die Bürger mitnehmen wollen. „Die Senioren in Baden-Baden wissen nun, woran sie bei ihm sind“, zeigt sich Ott enttäuscht.

Mehr zum Thema

In der Sache hat sich auch die AfD-Fraktion schon an den Oberbürgermeister gewendet. Der Fall habe dem Ansehen der Stadt bereits „national und international Schaden zugefügt“, kritisiert Fraktionschef Kurt Hermann. Die Bürger hätten das Recht auf eine „umfassende Aufklärung“. Seine Fraktion hat deshalb einen ausführlichen Fragenkatalog an die Verwaltung gerichtet.

Unter anderem widmet sich die AfD der Frage, ob die Anmietung von Wohnungen durch die Stadt in dem Fall überhaupt zulässig war. Auch ob die von der Stadt einquartierten Menschen durchgängig gegen Corona, Masern und andere Krankheiten geimpft seien, fragt die AfD. Schließlich gehörten Senioren zu den vulnerablen Gruppen.

> Man kann uns den Vorwurf machen, dass wir die Dimension nicht überschaut haben.
>
> *Dietmar Späth*
> *Baden-Badens Oberbürgermeister*

OB Späth betonte im Gemeinderat, dass auch der Verwaltung die „zum Teil negative Berichterstattung“ nicht gefallen habe. „Zum Teil wird auch emotional diskutiert“, so Späth. Man könne in der Sache nur nach bestem Wissen und Gewissen informieren.

„Man kann uns den Vorwurf machen, dass wir die Dimension nicht überschaut haben“, sagte der OB. Einige Akteure seien mit großer Vehemenz aufgetreten, mit der man nicht gerechnet habe. Ansonsten sah der OB bei der Stadt aber keine Fehler. Den

Fragenkatalog der AfD werde man selbstverständlich beantworten, hieß es von Verwaltungsseite.